

STEIRISCHE VOLKSSTIMME



KPO
STEIERMARK

AUS DEM LANDTAG STEIERMARK

MÄRZ 2020

Informationsblatt der steirischen KPÖ - Ausgabe 1/2020

Pflege darf nicht gewinnorientiert sein!

In keinem anderen österreichischen Bundesland gibt es so viele stationäre Pflegeeinrichtungen wie in der Steiermark. Und in keinem anderen österreichischen Bundesland gibt es so viele gewinnorientierte private Pflegeheime. Die KPÖ fordert seit Jahren den Ausstieg aus diesem System, von dem nur die Betreiber profitieren.



Die KPÖ unterstützt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und höheren Einkommen im Pflegebereich.

Ein Rechnungshofbericht hat aufgezeigt, woran es in der Steiermark im Bereich Pflege krankt. Von 219 Pflegeheimen sind 184 in der Hand privater Betreiber. Die gewinnorientierten Einrichtungen sind auch für die enormen Kostensteigerungen in der Pflege verantwortlich: 2005 lagen die Ausgaben der öffentlichen Hand für die gewinnorientierten Heime noch bei 96 Mio. Euro. 2013 waren sie auf 267 Mio. Euro angestiegen und haben sich damit in nur acht Jahren beinahe verdreifacht! Im selben Zeitraum sind die Kosten für die landeseigenen Heime nur um 58 % gestiegen.

Zahlreiche private Heimbe-

treiber haben zur Erzielung zusätzlicher Gewinne ihre Immobilien nach der Baukosten-Finanzierung durch das Land Steiermark an ausländische Fonds oder Finanzgesellschaften weiterverkauft. Nach den lukrativen Verkäufen werden die Objekte dann von den neuen Besitzern zurückgemietet, während die Tagsätze aber völlig unverändert weiter fließen. Die Betreiber können ihr Geschäftsmodell als besonders sicher und risikolos bewerben, sind doch die laufenden Einnahmen staatlich gesichert.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Profittreiben hat in einem sensiblen Bereich, wie es die Pflege betagter Menschen ist,

nichts zu suchen. Wir müssen aus diesem teuren, ineffizienten Modell aussteigen!“

In Oberösterreich, Tirol und Wien müssen Pflegeheimbetreiber gemeinnützig sein. Im Burgenland bekommen künftig nur mehr gemeinnützige Pflegeheime Landesförderungen. Für die Steiermark ist eine derartige Regelung ebenfalls erforderlich, um wenigstens für die Zukunft auszuschließen, dass die für die Pflege dringlich erforderlichen Landesmittel zur Subventionierung privater Gewinne verwendet werden.

Ein Antrag der KPÖ, in der Steiermark nur mehr gemeinnützige und öffentliche Pflegeheime zu fördern, wurde von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Neos abgelehnt.

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler

Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

Ab 2021 drohen neue Einschnitte

Die Landesregierung hat angekündigt, beim nächsten Budget 90 Millionen Euro gegenüber dem aktuellen einzusparen. Das bedeutet, dass es vor allem im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich zu weiteren drastischen Kürzungen kommen wird.

Die Ursachen für die Verschuldung sind teilweise hausgemacht: Fehlplanungen im Gesundheitswesen und vor allem eine Kostenexplosion bei den gewinnorientierten Pflegeheimen haben zu einer Kostensteigerung geführt, ohne dass die Bevölkerung davon profitiert.

Auch das nächste Sparpaket wird nicht den erhofften Erfolg bringen. Die Schulden werden nicht kleiner, aber die Qualität der öffentlichen Leistungen wird spürbar schlechter. Dabei ist allen Beteiligten klar: Solange es keinen gerechteren Finanzausgleich gibt, wird sich die finanzielle Lage nicht wesentlich ändern. Denn die Aufgaben werden nicht weniger: Bei Gesundheit und Pflege, Bildung und beim Umweltschutz sind hohe Investitionen nötig, auch der soziale Wohnbau wurde zu lange vernachlässigt.

Vor der Landtagswahl wurden günstige Wohnungen, blühende Regionen und zukunftsweisende Umweltprojekte präsentiert. Wie immer will nach der Wahl keiner mehr etwas davon wissen. Im Gegenteil, jetzt wird den Steirerinnen und Steirern die Rechnung präsentiert. Die ideenlose Kürzung quer durch alle Ressorts ist nicht die Politik, die unser Land braucht.

Claudia Klimt-Weithaler

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post •
BenachrichtigungsPA 8020 Graz VNr: 07Z037205

INHALT

Gesundheitssystem in der Krise Seite 2

Elementarpädagogik braucht Verbesserungen Seite 4

Besorgniserregende Entwicklungen im Gesundheitssystem

Klimt-Weithaler (KPÖ): „Nicht zwei weitere Jahre warten, sondern Mängel beheben!“

Der Ärztereitschaftsdienst in der Steiermark wurde 2019 komplett umgestellt. Zwischen Mitternacht und 7 Uhr gibt es außerhalb der Landeshauptstadt keinen Bereitschaftsdienst mehr, dafür wurde das Gesundheitstelefon 1450 eingeführt. Versprochen wurde, dass es insgesamt zu einer Verbesserung kommen würde. Tatsächlich ist es zu einer weiteren Ausdünnung der medizinischen Versorgung gekommen. Viele Dienste bleiben unbesetzt, während es beim Gesundheitstelefon immer wieder zu langen Wartezeiten kommt.

Nach einer Dringlichen Anfrage von KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** an Gesundheitslandesrätin **Juliane Bogner-Strauß** gab es im Landtag eine Debatte über die Bereitschaftsdienste in der Steiermark. Seit 1. April 2019 ist das neue System in Kraft. Es war von Anfang an von Problemen überschattet, und nach neun Monaten ist nicht absehbar, dass die Neuerungen zu den in Aussicht gestellten Verbesserungen führen. An manchen Wochenenden liegt der Besetzungsgrad in zahlreichen Regionen unter einem Drittel. In den Spitalsambulanzen müssen seit Einführung des neuen Systems mehr Patienten behandelt werden (Kleine Zeitung, 19.12.2019).

Die zuständige Landesrätin **Juliane Bogner-Strauß** (ÖVP) sprach in ihrer Antwort kryptisch von „alternativen Anbietern“ für den Bereitschaftsdienst, ohne auf Details



einzugehen. Diese sollen die medizinische Versorgung verbessern.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Politik hat durch eigene Versäumnisse einen Mangel an Personal mitverursacht. Durch ständige Kürzungen und Einsparungen wird es im Gesundheitssystem immer knapper und enger. Da helfen keine Zentralisierungsfantasien, die werden die Probleme auch nicht auf Dauer lösen. Der erste Schritt zu einer Lösung ist es, die Betroffenen einzubeziehen. Gesundheit muss uns etwas wert sein, und das schließt die Patientinnen und Patienten ebenso ein wie Ärztinnen/Ärzte und Pflegepersonal.“

Landtag nimmt KPÖ-Antrag einstimmig an

„Wenn wir sehen, dass sich die Dinge in eine falsche Richtung entwickeln, müssen wir handeln und nicht zwei weitere Jahre warten“, warnte Klimt-Weithaler davor, Lösungen

auf die lange Bank zu schieben und, wie ursprünglich vorgesehen, das System erst nach drei Jahren zu evaluieren. Der Antrag der KPÖ, den ärztlichen Bereitschaftsdienst ein Jahr nach Einführung, also im April 2020, zu evaluieren und diese Evaluierung dem Landtag vorzulegen, wurde einstimmig angenommen.

Mehrheitlich abgelehnt wurde dagegen der KPÖ-Antrag auf Abhaltung einer Enquete zum Thema Ärztemangel. SPÖ und ÖVP lehnten den Vorschlag ab, der somit trotz Zustimmung von FPÖ, Grünen und Neos in der Minderheit blieb. *„Es ist schade, dass SPÖ und ÖVP eine breite Debatte über die Zukunft der Gesundheitsversorgung verhindern wollen. Eine Enquete im Landtag hätte viele Möglichkeiten geboten. Die Regierung zieht es leider weiterhin vor, die Steirerinnen und Steirer vor vollendete Tatsachen zu stellen“,* so die KPÖ-Klubobfrau.

Asbest: KPÖ für strengere Regelung

Das hochgiftige Material Asbest ist seit 2003 verboten und muss unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen entsorgt werden. In Frohnleiten geschah dies offenbar nicht immer korrekt, die Lagerung erfolgte „unsachgemäß und teilweise ungesichert“ in offen herumliegenden Säcken. Das wurde im Jahr 2018 bekannt. Die Kritik der KPÖ wurde damals von der Landesregierung als ungerechtfertigt abgetan. Inzwischen ist aber klar, dass die Vorgänge doch nicht so harmlos waren.

Asbest ist eine Sammelbezeichnung für verschiedene natürlich vorkommende, faserförmige kristallisierte Silikat-Mineralien, die nach ihrer Aufbereitung Fasern unterschiedlicher Länge ergeben. Asbest wurde einst als „Wunderfaser“ angesehen, weil das Material eine große Festigkeit besitzt, hit-

ze- und säurebeständig ist und hervorragend dämmt. Allerdings ist Asbest als Feinstaub eindeutig krebserzeugend. Die AUVA weist nachdrücklich darauf hin, dass selbst bei Einhaltung der Grenzwerte das Krebsrisiko nur verringert, aber keineswegs beseitigt ist.

Das Problem bei Asbestvorkommen ist, dass sie meist nicht frühzeitig erkannt werden. Betriebe werden nicht regelmäßig kontrolliert bzw. werden nicht regelmäßig Stichproben genommen. KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** forderte daher im Landtag, ein Monitoringsystem und ein Asbestkataster einzuführen, das öffentlich zugänglich ist.

„Der Asbestmüll kann nicht weggezaubert werden. Aber bei der Lagerung gibt es Möglichkeiten, die Sicherheit zu erhöhen und die Bevölkerung besser zu informieren. Das sollte

schnell umgesetzt werden, denn in der Steiermark gibt es viel zu viele Asbestdeponien“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Die KPÖ fordert:

- ein allgemeines Minimierungsgebot für Asbest,
 - ein gesetzlich vorgeschriebenes regelmäßiges Monitoring und
 - ein öffentlich zugängliches Asbestkataster, das zur Information von staatlichen Stellen, Gewerkschaften, Betriebsräten, Unternehmen, Organisationen und Interessierten genutzt werden kann.
- Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP und im dritten Punkt auch von der FPÖ abgelehnt.

Leitspital Liezen: Zeit für Rückkehr zur Demokratie!

Klimt-Weithaler (KPÖ): „Spital-Pfahlbau ist unkalkulierbares finanzielles Risiko“

Seit Jahren ist bekannt, dass das Grundstück, auf dem das „Leitspital“ Liezen entstehen soll, schlecht geeignet ist. Alle Bedenken wurden seitens der Landesregierung vom Tisch gewischt. Nun liegt ein Gutachten vor, dass das Risiko als „überschaubar“ beurteilt – wenn man das Krankenhaus als Pfahlbau auf Stelzen errichtet und über die Verseuchung des Bodens hinwegsieht.



EHRlich GESAGT

Werner Murgg
Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Vor der Landtagswahl haben Teile der Landesregierung Andeutungen gemacht, die Leitspital-Pläne im Bezirk Liezen doch noch zu überdenken. Leider sind viele auf diese Wahlkampfversprechungen hereingefallen. Die neue Gesundheitslandesrätin Bogner-Strauß ist aber nicht bereit, von der Linie ihres Vorgängers Christopher Drexler abzugehen. Obwohl nun ein geotechnisches Gutachten vorliegt, das die Befürchtungen bestätigt, wird nicht von den Plänen abgewichen. Dabei könnten die Kosten explodieren. Die vom ehemaligen Landesrat Drexler abgegebene Kostengarantie wird jedenfalls nicht einzuhalten sein. Noch ist es nicht zu spät, die Menschen im Bezirk ernst zu nehmen und zur Demokratie zurückzukehren.

Werner Murgg

Die KPÖ tritt dafür ein, das Ergebnis der Volksbefragung im April 2019 zu respektieren und die bestehenden Spitalstandorte zu bewahren. Einem Ausbau der bestehenden Häuser steht nichts im Wege. „Mit der Errichtung eines neuen Krankenhauses auf einem schlecht geeigneten Grundstück geht die Landesregierung ein unkalkulierbares finanzielles Risiko ein. Gleichzeitig werden mehr als zwei Drittel der Menschen im Bezirk ignoriert,

die deutlich Nein zum Neubau gesagt haben“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Die Entscheidung für den Standort Stainach-Pürgg ist gefallen, weil er verkehrstechnisch die günstigste Lage hat. Dennoch würde sich die Anfahrtszeit ins Spital für den Großteil der Liezenerinnen und Liezener bei einer Schließung der bestehenden Spitäler deutlich erhöhen. Das ist besonders bei Notfällen problematisch, wo jede Minute zählt.

25 Prozent „normal“

Die Krankenanstaltengesellschaft sagt, 25 Prozent „Kostenschwankungen“ seien bei Projekten wie dem Leitspital „normal“. Bei einem Volumen von 250 Mio. Euro sind das 62,5 Mio. Euro (!) Mehrkosten. Und das, obwohl der ehemalige Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) im Sommer 2019 im Landtag wortwört-

lich eine „Kostengarantie“ abgegeben hat, dass der Neubau – wertbereinigt bei Fertigstellung – nicht mehr als 250 Mio. Euro kosten werde. Und während Drexler noch von 250 Mio. Euro Gesamtkosten für das Leitspital gesprochen hat, ist nun von Kosten von bis zu 312,5 Mio. Euro nur für das Gebäude die Rede.



Es hat bei uns in der KPÖ eine lange Tradition, dass es rund um den Internationalen Frauentag am 8. März eine Reihe von Veranstaltungen gibt. Claudia Klimt-Weithaler: „Wir wollen aufzeigen, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Österreich zwar in der Bundesverfassung verankert ist, in der Realität sind wir aber von einer Gleichstellung weit entfernt. In diesem Grund ist es auch heute noch notwendig, öffentlich dafür einzutreten.“

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

In Seiersberg wurde von Anfang an systematisch mit Tricks das Gesetz umgangen. Aus einem **Einkaufszentrum** wurden fünf. Die Landesparteien von SPÖ, ÖVP und FPÖ haben nicht nur zugeschaut, sondern die Machenschaften aktiv unterstützt. Auf der Strecke bleiben die Arbeitsplätze in den Ortskernen und die Umwelt. Denn die großen Einkaufszentren ziehen täglich auch tausende Autos an, für die Parkplätze wird noch mehr Boden zubetoniert.

Würde die **Atomkraft** von der EU nicht so stark gefördert, wäre sie nicht konkurrenzfähig. Auch Österreich ist Teil des EURATOM-Vertrags, der Atomenergie als „eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft“ bezeichnet. Die KPÖ fordert seit Jahren: Raus aus EURATOM! Im Landtag sind SPÖ, ÖVP und Neos aber gegen einen Ausstieg.

16 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche: Viele **Paketzusteller** werden brutal ausgebeutet. Die Handelskonzerne, die Jahr für Jahr Milliardengewinne verbuchen, schieben ihre Verantwortung gerne auf Sub-Unternehmen ab, die die Paketzusteller unter übelsten Zuständen bis zur totalen Erschöpfung arbeiten lassen – oft für Hungerlöhne.

Die von der Regierung angekündigte Senkung der Konzern-Körperschaftsteuer würde **1,5 Milliarden Euro** im Jahr kosten. Dabei wird dieses Geld in der Pflege, im Sozial- und Gesundheitsbereich dringend benötigt!

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at
// DVR: 0600008
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Kinderbetreuung: Warum immer weniger in diesem Beruf arbeiten wollen

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und die Elementarpädagogin Mina Naghibi kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen und für mehr Qualität in der Kinderbetreuung.

„Kinderbetreuungseinrichtungen sind keine Aufbewahrungsstellen für Kinder. Sie sollen die Kinder auf die Schule vorbereiten und ihnen soziale Fertigkeiten vermitteln. Dafür gibt es hoch qualifiziertes und engagiertes Personal. Die Rahmenbedingungen stimmen aber ganz und gar nicht. Deshalb sind derzeit auch so viele Stellen in der Steiermark unbesetzt. Wir müssen dringend etwas ändern“, appelliert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an die steirische Bildungslandesrätin Bogner-Strauß (ÖVP).

Mina Naghibi, die in einer Grazer Kinderkrippe arbeitet, schilderte den Arbeitsalltag

in einer steirischen Kinderbetreuungseinrichtung. Qualitativ hochwertige Arbeit mit den Kindern findet zwar statt, aber bei kleineren Gruppen und mit weniger Bürokratie, die „nebenbei“ erledigt werden muss, bliebe viel mehr Zeit für die Kinder, die im Vordergrund stehen sollten.

Schon 1991 beschloss der steirische Landtag, die Gruppengröße in Kindergärten von 25 auf 20 zu senken. Die Regelung sollte 1994 in Kraft treten. Kurz davor wurde die Gruppengröße wieder mit 25 festgelegt. Bis heute hat sich daran nichts geändert – dafür wurde 2019 bei der letzten Novelle des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes die vorgeschriebene Raumgröße nach unten korrigiert. Auch Überschreitungen der Gruppengröße um bis zu zwei Kinder sind möglich. „Statt kleineren Gruppen gibt es jetzt kleinere Räume. Daran erkennt man, dass die Entwicklung nicht in die richtige Richtung geht“, so Klimt-Weithaler.



Was nötig ist:

- Verkleinerung der Gruppen, damit alle Kinder bestmöglich gefördert werden können.
- Die gut ausgebildeten PädagogInnen sollen sich auf die Kinder konzentrieren können, statt einen großen Teil der Arbeitszeit mit bürokratischen und administrativen Arbeiten zu verbringen.

- Es gibt zu viele Teilzeitstellen: Das Gehalt bei einer typischen Halbtagsstelle in einer Kinderbetreuungseinrichtung liegt bei unter 1000 Euro. Das ist in den Ballungszentren zu wenig zum Leben.

Die KPÖ tritt außerdem für eine soziale Staffelung der Tarife in allen Bereichen der Elementarpädagogik ein.

KPÖ-Tag der offenen Konten: 2019 wurden über 2000 Menschen unterstützt



2019 wurden von den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie von der Grazer Stadträtin Elke Kahr und ihrem Kollegen Robert Krotzer insgesamt 184.929,80 Euro zur Unterstützung von 2076 Personen bzw.

Familien in Notlagen zur Verfügung gestellt. Bei der KPÖ gilt, dass die Politikerinnen und Politiker höchstens 2300 Euro von ihrem Polit-Einkommen behalten und mit dem – oft weit größeren – „Rest“ Menschen in Notlagen helfen.

Nein zur Plabutsch-Gondel!

ÖVP und FPÖ wollen in Graz eine Seilbahn auf den Plabutsch bauen. Mit einer Kapazität von 1.600 beförderten Personen pro Stunde droht hier eine Event-Stätte. Aus Sicht der KPÖ ist diese Gondel ein schwerwiegender Eingriff in die Natur und eine gewaltige Geldverschwendung. Gemeinsam mit der Bevölkerung können wir es schaffen,

10.000 gültige Unterschriften zu sammeln, welche für eine Volksbefragung über die Plabutsch-Gondel in Graz nötig sind.

Unterschreiben können alle Grazerinnen und Grazer. Nähere Informationen und Unterschriftenliste: <https://www.kpoe-graz.at/alles-zur-plabutsch-gondel.phtml>



Die KPÖ lädt ein zu Maiaufmarsch und Maifest. Ab 10:30 Graz, Südtirolerplatz. Anschließend Maifest im Volkshaus Graz mit Harri Stoika.